

des Krieges
ge, die Zah-
und die
Gefangenen
heute tat-
n nur an-
ihnen noch
Von 21 959
den Kreis
e in russi-
tallen 1618
6, im Kreis
nstadt 1039,
7, Ravens-
9, Saulgau
dingen 1222,
angen 1401.
tes zählen
ine 4405, in
reich, Bel-
italien und
tellenzahlen
lich erfaßte
finden sich
37 in Eng-
96 in Bel-
choslawski
die Ver-

nde von Fa-
schlichkeit
it Juni die-
erg gibt es
öhne unter
wissen. Der
Stelle, die
ug und mit
gegangen ist,
mores Lan-
eiter, Dr.
ten diesen
70 000 Feld-
Kriegsge-
estell, die
n fast allein
konkreten
ationen an-
der Kreis-
Gemeinden
end Briefe
üro hinaus-
ende Mili-
in die zu-
immer mög-
ögen helfen.
den übrigen
der Zonen-
Verbindung
en und bel-
Zivilinten-
ngen — er-
zt sich der
ssagen von
füllen einen
eraden an-
n, gefallene
Lagen be-
allein 150
ster beurlaub-
n Angaben
ten zusam-
angehörigen
angehörigen
nder in Ver-

soeben das
von Wolf-
nzigjährigen
ieses Werk,
d wird nach
der Regie
ankfurt am
ren deut-

Mitte 30,
it anhebt.
kommen,
ucht her-
Gottlin, 18
n wird nicht
heidet allein.
ch Erich Mö-
tr. 1/1 (Che-
c
mittelt blafet
chweig, Hoff-
rbindlich Bro-
c

NES

er bis 13. De-
prechenden.
st für innere
A. R., Kran-
c

Wohnung in
Ranf, Gar-
e in Seutgau
ng. unt. Ar.
Calw, Rom-
c

nen sucht in
ingen feilsbar
g. unt. Ar.
Beil, Waldbor-
c

alter Dach-
raum geflößt.
marnt. Sob.
Rottweil.

ag vormittig
nt bis Mit-
erufend mit
nder wird ge-
Mittelstabs-
befehlzung ab-
c

ag, 23. Nov.
ernedstraße bis
ntere Siegel,
gurtid. Der
enleiten gegen
straße 48 part.
unt.

und Maden-
en Apotheken.
B. Mayer.
c

hen- ober 300
Sie einen Da-
t. Auskunft u.
an. Rentscher,
R. (St. Georgs-
Morgot-Gore
in, Calw, Mit-
c

erttemberg-Aus-
hr gefolmelt,
chilatelie Equa-
terdam. For-
c

nen-
ort, fadage-
aus oder in
h Wohnung.
Schramberg.
öhe 48.
chäft. c

(Haug, Wittb-
p u. Rottweil.

Schwäbische Zeitung

Erscheint am Mittwoch und Samstag. — Monatsbezugspreis RM. 1.70 samt Beförderungsgebühr und Trägergeld, durch die Post: RM. 1.60 zuzüglich RM. 0.24 Post-Zustellgebühr. — Anzeigenpreise für den lokalen und allgemeinen Teil nach Preistarif vom 1. März 1946 — Adresse: Schwäbische Zeitung, Leutkirch, Poststr. 22, Tel. 212. — Geschäftsstelle Rottweil, Waldtorstr. 4, Tel. 322. — Verlagspostamt Friedrichshafen a. B. Rottweil/Schwenningen Schramberg/Oberndorf & Calw/Friedenstadt/Horb

Samstag, den 29. November 1947

ORGAN DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UNION

Nr. 95 / Jahrgang 3 / Preis 20 Pfg.

Offene Worte in London

Nach gegenseitigen Unfreundlichkeiten sachliche Einigung

London. — Die Konferenz der vier Außenminister hat mit einer Einigung begonnen. In der ersten Sitzung verständigten sich die Außenminister über die Fragen, welche auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen, in der zweiten über die Reihenfolge. Zunächst kam der Staatsvertrag mit Oesterreich an die Reihe, der nach kurzer Debatte eigens ernannten Stellvertretern, Doge für die Vereinigten Staaten, Bangks für Großbritannien, General Cherriere für Frankreich und Koktomow für die Sowjetunion, zur Bearbeitung übertragen wurde. Sie sollen bis zum 2. Dezember ihren Bericht liefern. Behandelt werden die Vorbereitung des deutschen Friedensvertrages einschließlich der Fragen der Grenzen und des Verfahrens, wirtschaftliche Fragen, die politische Organisation Deutschlands, die Anwendung der Beschlüsse über die Entwaffnung und der seinerzeitige Vorschlag Byrnes' über einen Sicherheitsvertrag.

Zu Beginn der Sitzung hielt Molotow eine lange Rede, in der er sagte, von den Siegern wünschten die einen einen demokratischen und die anderen einen imperialistischen Frieden. Der demokratische Friede respektiere die Souveränität der verschiedenen Länder, während der imperialistische die kleinen Staaten unter die Herrschaft der Großmächte bringen wolle und die Welt in Blocks der Herrschenden und der Beherrschten teile. Dieser imperialistische Friede enthalte die Drohung eines dritten Weltkrieges. Der Friede mit Deutschland müsse auf demokratischen Prinzipien beruhen und den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft wie auch Deutschlands Unabhängigkeit sicherstellen.

Molotow sprach von einem Plan, die wirtschaftliche Wiedergeburt Deutschlands zu verhindern, damit dieses kein gefährlicher Konkurrent werde. Deutschland und die Deutschen sollten geteilt werden. Der Plan richte sich gegen das deutsche Volk und wende sich an die Revancheschreier, die man für den imperialistischen Krieg einsetzen zu können glaube. Der Friedensvertrag müsse einer verantwortlichen deutschen Regierung unterbreitet werden, deren Bildung man nicht länger verschieben könne.

Marshall antwortete, er sei überzeugt, Molotow glaube selbst nicht, was er sage. Man solle sich an die Arbeit machen, statt zu Propagandazwecken Anschuldigungen zu erheben. Auch Bidault vertrat die Ansicht, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mächten nichts damit zu tun hätten, daß man eine vom Rat bereits gebilligte Liste von Fragen mit Nummern versehe. Molotow habe in Paris gewisse Länder beschuldigt, sie begünstigten den Wiederaufbau Deutschlands, während er jetzt dieselben Länder beschuldigte, sie wären dagegen. Eine von beiden Beschuldigungen müsse falsch sein. Er selbst halte beide für falsch. Bevin sagte, er sei gewohnt, daß man ihn Kriegshetzer nenne und die Sowjetunion den einzigen Heiligen auf dieser Welt. Es wäre vielleicht gut, Stellvertreter mit einer Definition von Imperialismus und Demokratie zu betrauen, und andere feststellen zu lassen, was Souveränität sei. Gewisse Ereignisse in Ländern, mit denen bereits Friedensverträge unterzeichnet seien, schienen ihm mit Souveränität und Demokratie keineswegs vereinbar. Nach diesem Wortwechsel einigten sich die Minister auf die eingangs gemeldete Weise.

Die Verordnung Nummer 133

F. Tübingen. — Der Staatskommissar für politische Säuberung, Traber, hat auf unser Ersuchen zu der von General Koenig am 17. November erlassenen Verordnung Nr. 133 Stellung genommen. Zweck und Sinn der Verordnung sei, den Abschluß der Durchführung der Entnazifizierung zu beschleunigen. Dies solle dadurch erreicht werden, daß vom Inkrafttreten der Verordnung an keine Säuberungsmaßnahmen gegen die einfachen nominellen Mitglieder, die weder ein Amt noch einen Titel in der NSDAP und den ihr angeschlossenen Verbänden inne hatten, ergriffen werden und daß diese Personen, über die bereits Maßnahmen verhängt worden sind, wieder in den Genuß ihrer politischen und bürgerlichen Rechte eintreten und sich in Zukunft um alle öffentlichen und privaten Posten und Anstellungen bewerben können. Noch nicht entschiedene und neue Verfahren haben sich auf die Feststellung zu beschränken, ob der Betroffene zu den einfachen nominellen Mitgliedern gehört. Ist das der Fall, so ist mit der Feststellung, daß keine Sühnemaßnahmen zu verhängen seien, das Verfahren beendet.

Für die schon ergangenen Entscheidungen erfolgt die Feststellung durch den Staatskommissar. Sie bedarf der Bestätigung durch die Militärregierung und wird erst zwei Monate nach Uebermittlung an die Militärregierung rechtskräftig. Innerhalb dieser Frist kann die Militärregierung gegen den die Vergünstigung aussprechenden Feststellungsbeschuß Einspruch erheben, so daß der Beschluß ungültig wird und die Säuberung im ordentlichen Verfahren durchzuführen ist.

Trotz der Verordnung sind auch in Zukunft von allen Personen, die der Säuberung unterliegen oder ihr noch unterworfen werden,

bei den Kreisuntersuchungsausschüssen Fragebogen einzureichen, damit durch die Spruchkammer festgestellt werden kann, ob der Betroffene unter die Vergünstigung der Verordnung Nr. 133 fällt. In Zukunft werden also nur die Mitglieder der durch das Nürnberger Urteil für verbrecherisch erklärten Organisationen, sowie die leitenden und hauptsächlichsten aktiven Mitglieder der NSDAP und ihrer angeschlossenen Verbände und die Personen, die entsprechend den Vorschriften der Direktive Nr. 38 zu der Gruppe der Hauptschuldigen und Belasteten gehören, vor den Ausschüssen und den Spruchkammern behandelt werden. Selbstverständlich findet die neue Verordnung auch auf die Revisionsverfahren entsprechende Anwendung. Die Verordnung bedarf noch einer Ausführungsbestimmung durch die Militärregierung, die vor allem die Begriffe „Titel“ und „Amt“ näher bestimmt und sich darüber ausspricht, ob bei den bereits Entnazifizierten die noch nicht oder nicht ganz vollstreckten Sühnemaßnahmen wegfallen und wie die unter die Vergünstigung Fallenden einzugruppieren sind.

Die neue Verordnung über die Entnazifizierung ist zu begrüßen. Sie wird eine große Erleichterung und Beschleunigung bringen, auch für die Wirtschaft und Verwaltung, da ihr in kurzer Zeit viele Arbeitskräfte, die bisher nicht eingesetzt werden konnten, zur Verfügung stehen werden.

Gouverneur von Württemberg-Baden

1. Stuttgart. — Zum Direktor der Militärregierung für Württemberg-Baden wurde Charles M. La Folette ernannt, ein ehemaliges Kongreßmitglied des Staates Indiana. La Folette wurde 1898 geboren. Er ist der dritte Gouverneur von Württemberg-Baden und wird sein Amt in etwa zehn Tagen übernehmen.

Bei den Deutschen in Frankreich

Baden-Baden. — Dem Bericht eines Südena-Vertreters, der die deutschen Zivilarbeiter in Frankreich besuchte, ist zu entnehmen, daß deren Zahl bereits hunderttausend überschritten hat. Ueberall habe der Journalist gehört, daß das Verhältnis zwischen Deutschen und Franzosen erfreulich, mindestens aber erträglich sei, selbst da, wo Meinungsverschiedenheiten über die Zweckmäßigkeit eines Streiks bestünden. Die Deutschen, namentlich die früheren Kriegsgefangenen, die lange Jahre hinter dem Stacheldraht verbracht hätten, möchten möglichst schnell Geld verdienen.

Der Journalist sprach einen Chemiker, der in einem französischen Werk arbeitet, welches zwei Jahre lang bemüht war, ihn zu bekommen. Jetzt hoffe er, bald seine Frau aus Berlin nachkommen zu lassen. In einem Lokomotivwerk an der nördlichen Bahnlinie von Paris arbeite unter etwa vierzig Deutschen auch ein ehemaliger Barmixer. Die

Deutschen erhielten wie die Franzosen den Minimalstundenlohn von 52 Franken und nach allen Abzügen blieben ihnen etwa 6000 Franken im Monat. Einer der Arbeiter habe sogar in dem überfüllten Paris eine Privatwohnung gefunden. In einer großen Papierfabrik seien die deutschen Zivilarbeiter in Schlafsälen zu viert untergebracht. Die Werksleitung sei mit ihnen sehr zufrieden. Ein 21jähriger verdiene elftausend Franken im Monat und habe sich von einem Monatslohn bereits einen Anzug kaufen können. Schwierigkeiten mache die Frage des Urlaubs, den alle über die Weihnachtszeit nehmen möchten. Die Einreise der Familien sei grundsätzlich erlaubt, doch sei es schwer, den Wohnraum für sie zu beschaffen. In einer Farbenfabrik bei Paris sind meist Deutsche aus Ludwigshafen, die nie Kriegsgefangene waren, sondern sich in Deutschland verpflichteten. Einer habe in zehn Wochen zehn Pfund zugenommen. Sie kämen sehr gut mit den Franzosen aus, doch dürften sie nicht schlauer sein wollen als ihre Meister.

Gespräch mit Lorenz Bock

Tübingen. — Wie Staatspräsident Lorenz Bock dem „Südena“-Vertreter mitteilte, wird die Denkschrift an General Koenig, die die südwestdeutsche Regierung vorbereitet, in der ersten Hälfte Dezember überreicht werden. Die südwestdeutsche Regierung erwartet, daß die erbetene Audienz bei General Koenig anschließend erfolgen und damit ein neues Gespräch über die Demontage in Südwürttemberg beginnen kann.

Im Anschluß an Besprechungen des badi-schen Staatspräsidenten Wohleb mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Ehard und auf der Rückreise auch in Tübingen mit Staatspräsident Bock wurde die Vermutung ausgesprochen, daß die Frage diskutiert worden sei, in welcher Form süd- und südwestdeutsche Länder in einem föderativen Bundesstaat ein wirksames Gegengewicht gegen die norddeutschen Länder bilden könnten. Staatspräsident Bock hat dem „Südena“-Vertreter auf Anfrage mitgeteilt, daß bei seiner Besprechung mit Staatspräsident Wohleb dieses Thema überhaupt nicht erwähnt wurde. Er und das südwestdeutsche Kabinett träten für einen Bundesstaat, aber nicht für einen Staatenbund ein und er hoffe, daß Staatspräsident Wohleb und Minister-

präsident Altmeier gleiche politische Meinungen verträten. Es wäre unsinnig, bei einem eventuellen Scheitern der Londoner Konferenz auch noch für eine Teilung Deutschlands in eine süddeutsche und norddeutsche Staatenföderation einzutreten. Heute müßten alle verantwortlichen Politiker für die deutsche Einheit eintreten, besonders in einem Augenblick, wo diese tatsächlich in größter Gefahr sei.

Menschenasche als Dünger

Warschau. — In der Anklageschrift gegen vierzig ehemalige Funktionäre des Konzentrationslagers Auschwitz, denen jetzt vor dem Obersten polnischen Gerichtshof in Krakau der Prozeß gemacht wird, wird behauptet, das Haar, das den Frauen abgeschnitten wurde, sei industriell verwertet worden. Die Asche der Häftlinge habe man als Dünger verwendet. Die Angeklagten, unter denen der Lagerkommandant Lieben-henschel und der ehemalige Leiter der politischen Abteilung Grabner sind, hätten Häftlinge aufgehängt, Bluthunde auf sie gehetzt und ihnen tödliche Injektionen verabreicht. 31 741 Gefangene hätten in einem Monat 944 153 Arbeitstage leisten müssen. 8206 Frauen hätten in derselben Zeit 242 776 Arbeitstage leisten müssen.

Der Arbeiter und die Union

Von Dr. Paul Binder, Mitglied des Landtages

Die Sicherung der Stellung des Arbeiters und Angestellten im Wirtschaftsprozeß und im Staat ist nicht nur eine materielle Frage, sondern auch eine Frage seines sozialen Ansehens und seiner sozialen Ehre. Im Vordergrund steht jedoch nach wie vor die Frage einer gerechten Verteilung des Sozialproduktes. Die Ansprüche der Arbeiter und Angestellten durchzusetzen, sind die Gewerkschaften berufen. Ihre Wirksamkeit hängt jedoch davon ab, daß ihnen als Vertreter der Unternehmerrschaft auch Arbeitgebervereinigungen als Verhandlungspartner gegenüberstehen. Den Gewerkschaften muß in beschränktem Umfange das Streikrecht zubilligt werden und dementsprechend den Unternehmern auch ein Aussperrungsrecht. In unserer außerordentlichen Notlage können wir uns aber größere Reibungsverluste nicht leisten. In der Regel werden Lohn- und Sozialforderungen zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebervereinigungen behandelt werden müssen. Dabei ist auf soziales Verständnis bei der Unternehmerrschaft und auf wirtschaftlich tragbare und vernünftige Forderungen bei der Arbeiterschaft hinzuwirken. Kommt eine Einigung nicht zustande, so wird regelmäßig vor einem Streik ein Schlichtungsausschuß mit einem Schlichter an der Spitze tätig werden müssen. Sache des Arbeitsrechts ist es lediglich, dafür zu sorgen, daß weder durch Verschleppungstaktik der einen oder anderen Partei noch durch fachliche oder persönliche Unfähigkeit der Schlichtungsausschüsse und der Schlichter eine notwendige Entscheidung verzögert wird. Wenn durch die Gesetzgebung der rasche Ablauf einer Lohnverhandlung und der Erlaß eines Schiedsspruchs geregelt ist, wird es nur in den seltensten Fällen zum Streik kommen. Abzulehnen ist jedenfalls der Streik als politisches Machtmittel; er hat nur Berechtigung zur Herbeiführung sozial erforderlicher und wirtschaftlich tragbarer Verhältnisse. Durch die aktive Mitwirkung der Gewerkschaften auf den verschiedensten Gebieten der Wirtschaftspolitik erreichen wir es, daß die Gewerkschaften nicht einer politischen Radikalisierung ausgesetzt werden und daß sie nicht den Versuch machen, in die Rolle politischer Parteien einzurücken. Zur Zeit sind die Gewerkschaften überwiegend marxistischem, zum Teil sogar kommunistischem Einfluß ausgesetzt. Wir müssen in der christlichen Arbeiterschaft Jungführer für die gewerkschaftliche Arbeit finden, denn die Zahl derjenigen, die aus der Zeit vor 1933 mit der Gewerkschaftsarbeit verbunden ist, ist bei uns außerordentlich gering und die wenigen übrig Gebliebenen werden zumeist heute in Staatsämtern gebraucht, so daß die christliche Arbeiterschaft in den Gewerkschaften vielfach ihrer Führer beraubt ist. Es muß ein besonderes Anliegen der CDU ein, die entstehenden Lücken durch entsprechende Schulung unseres Nachwuchses sobald als möglich zu schließen.

Was dürfen wir für die Zukunft für die Entlohnung unserer Arbeiter- und Angestelltenschaft erwarten? Wenn wir heute ohne umfangreiche Rohstoff- und Nahrungsmittelkredite eine Währungsreform durchführen würden, hätte diese nur zur Folge, daß wir in einen Verhungerungsprozeß eine gewisse ökonomische Ordnung hineinbrächten. Das Gehalt- und Lohnniveau der Facharbeiter und der sonstigen qualifizierten Arbeitskräfte könnte und müßte voraussichtlich gehalten werden, schon um die Abwanderung der Facharbeiter nach dem Ausland zu verhindern. Das Einkommen der großen Masse der Angestellten sowie der angelernten und un-

gelernten Arbeiter würde hart an das Existenzminimum herankommen und das Realeinkommen aller derjenigen, die auf die Fürsorge angewiesen sind, würde noch unter ihm liegen. Selbst wenn wir davon ausgehen, daß es uns gelingen würde, wenigstens so weit zu kommen, daß wir auch den Letzten vor dem Verhungern schützen und ihm ein Realeinkommen verschaffen könnten, das ihm das Existenzminimum sichert, so wird sich unsere Nachkriegswirtschaft doch in einer solchen Verfassung befinden, daß das Realeinkommen unserer Arbeiter und Angestellten wesentlich geringer sein wird als in der Vorkriegszeit. Der Rückgang der Realeinkommen ist eine Folge des verlorenen Krieges, der geringeren persönlichen Leistungsfähigkeit, die teils auf die gesundheitlichen Schäden, die Kriegsverletzungen und auch auf den Einsatz von Frauen in Stellungen, wo vorher Männer gearbeitet haben, zurückgeht. Zum anderen ist der geringere Ausstoß durch die Verschlechterung - unserer technischen Ausrüstung, die Demontagen und für die erste Zeit auch durch die unrationale Ausnützung unserer Produktionskapazität begründet. Das alles wird dazu führen, daß nach einer Währungsreform bei unverändertem Lohn- und Gehaltsniveau die deutschen Inlandspreise gegenüber den Stop-Preisen von 1936 stark ansteigen werden, um überhaupt die Wirtschaft auf der veränderten Währungsgrundlage in Gang zu halten oder in Gang zu bringen. Denn wir können nicht damit rechnen, daß wir nach einer Währungsreform zu einer 80- bis 100prozentigen Kapazitätsausnützung unserer Industrieanlagen kommen werden, wie sie den Stop-Preisen zugrunde gelegen hat. An der zu erwartenden Preissteigerung wird auch der landwirtschaftliche Sektor beteiligt sein.

Dazu kommt die sogenannte soziale Hypothek, nämlich der Umstand, daß die Anzahl derjenigen, die heute von den Erwerbstätigen mit unterhalten werden müssen, sich gegenüber der Vorkriegszeit mindestens um 50 Prozent, wahrscheinlich sogar noch mehr erhöht hat. Zum Teil sind es Angehörige der eigenen Familie, die den Erwerbstätigen zur Last fallen, zum überwiegenden Teil werden es aber Kriegsversehrte, Arbeitslose und Altersrentner vorwiegend aus Kreisen der Ostvertriebenen sein, die über den Umweg der Besteuerung und der Beiträge zu den Sozialversicherungen von den Erwerbstätigen mit unterhalten werden müssen.

Ein bayerischer Senat

M. B. München. — Der bayerische Landtag hat in einer lebhaften Sitzung einen Senat gebildet. Dem Senat gehören elf Vertreter der Land- und Forstwirtschaft, elf Gewerkschaftler, je fünf Delegierte der Genossenschaften, der Religionsgemeinschaften, der Wohltätigkeitsorganisationen, des Handwerks und der Wirtschaft, sechs Vertreter der Gemeinden sowie vier der freien Berufe und drei der Hochschulen an. Bei der Wahl des Pressedelegierten, die vom Landtag vorgenommen werden mußte, da noch keine Wahlkörperschaft der freien Berufe besteht, kam es zu Debatten der CSU mit der SPD und FDP. Eine geheime Abstimmung erbrachte die Mehrheit für den vom Journalistenverband vorgeschlagenen sozialdemokratischen Lizenzträger des „Hochlandboten“, Georg Lorenz. Ein Teil der CSU hatte gleichfalls für Lorenz gestimmt. Der Senat hat die eingeschränkten Rechte einer ersten Kammer. Er tritt erstmals am 4. Dezember zusammen.

Der Abbau der Home Fleet

Dr. B. Wie uns aus London berichtet wird, erweckt die Enthüllung, daß die Home Fleet (der Bestand an voll in Betrieb stehenden Schiffen der britischen Flotte in den Gewässern um das Inselreich) in nächster Zeit auf einen Kreuzer und vier Zerstörer reduziert werden soll, Aufsehen und Besorgnis. Im Parlament wurde die Frage aufgegriffen und kritisiert. Es handelt sich um eine Dezimierung der Home Fleet, die mit der Demobilisierung der bewaffneten Kräfte des Königreichs im Zusammenhang steht. So arg hatte sich allerdings niemand die Auswirkungen der beabsichtigten Entlassung von 45 000 Mann vor Ende März statt, wie ursprünglich vorgesehen, von 20 000 Mann vorgestellt.

Manche Beobachter stellen sich die Frage, ob England nicht in Gefahr steht, den nach dem letzten Krieg begangenen Fehler einer allzu starken einseitigen Abrüstung zu wiederholen, ohne sich darüber vergewissert zu haben, ob auch andere Mächte, namentlich diejenigen, mit denen die Beziehungen nicht besonders gut sind, ein gleiches tun. Nach dem Kräfteverhältnis zur amerikanischen Flotte fragt heute zwar kaum noch jemand, und um die Westmächte Europas braucht man sich auch nicht ernstlich zu kümmern. Aber keine Nation ist so stark wie Großbritannien auf die Offenhaltung der Seewege angewiesen. Ist es zu verantworten, fragt man sich — auch wenn man nicht an einen baldigen neuen Krieg glaubt —, die Flotte in den heimischen Gewässern so stark zu reduzieren? Würde das nicht den Einfluß Großbritanniens in der internationalen Politik noch stärker schwächen, als es infolge der Wirtschaftskrise bereits geschehen ist?

Es handelt sich, wie gesagt, um eine vorübergehende Folge der raschen Demobilisie-

rung in allen Dienstzweigen. Die Entlassung aus der Flotte kann unter gewissen Voraussetzungen jeder verlangen, der zu gehen wünscht, gleichgültig, wo er stationiert ist. Da jedoch die überseeischen, namentlich die im Mittelmeer stationierten Flottenbestände keine effektive Schwächung erfahren dürfen, müssen die Abgänge zur Hauptsache in der heimischen Flotte erfolgen. Ob aber Verstärkungen aus Uebersee herbeigeschafft werden können, wird wohl von der Entwicklung der politischen Verhältnisse in der Welt abhängen. Die in den heimischen Gewässern eingetretene Schrumpfung könnte permanent werden.

Die Home Fleet umfaßt seit dem letzten Abbau ein Schlachtschiff, ein Flugzeugmutter-schiff, fünf Kreuzer und sechzehn Zerstörer. Davon bleiben, wie erwähnt, nur ein Kreuzer und vier Zerstörer voll bemannt. Das

Schlachtschiff, das Flugzeugmutter-schiff, vier Kreuzer und die restlichen zwölf Zerstörer der gegenwärtigen Home Fleet werden zwar nur „immobilisiert“, kleine Mannschaften sorgen für die Instandhaltung und für die jederzeitige Wiederinbetriebnahme der Schiffe. Aber im Notfall müßten die Besatzungen erst wieder mobilisiert werden.

Ueber fünfhundert britische Kriegsschiffe sind seit dem Kriegsende wieder auf die Reserveflotte gesetzt worden. 163 sollen verschrottet werden, und etwa 450 hat die britische Regierung an andere Länder verkauft, verpachtet oder verschenkt. Der Gesamtbestand an Kriegsschiffen ist damit seit Kriegsende um mehr als tausend zurückgegangen. Von einem Höchstbestand von 800 000 Mann des Personals im Juni 1944 sind drei Viertel bereits abgebaut worden, und der Bestand wird bis nächsten März auf 140 000 Mann zurückgehen. Seit dem ersten Weltkrieg wurde 1933/34 ein Tiefpunkt mit nur 90 000 Mann erreicht. Soll aus Spargründen auch diesmal wieder so weit gegangen werden?

DIE KURZE NACHRICHT

„Volkskongress für Einheit“

Die SED hat alle Parteien, Gewerkschaften und antifaschistischen Organisationen sowie führende Künstler und Gelehrte zu einem „Deutschen Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden“ am 6. und 7. Dezember in Berlin eingeladen. Der Kongress soll eine Delegation für die Londoner Konferenz wählen.

Nicht allein befragt

Ein Aufruf zur Londoner Konferenz, den der Einheitsblock der drei antifaschistischen Parteien der Ostzone vorbereitete, kam nicht zustande, weil die CDU ihre Unterschrift verweigerte. Sie stellte sich auf den Standpunkt, daß die Parteien der Ostzone nicht berechtigt seien, im Namen ganz Deutschlands zu sprechen.

Aus Thüringen geflüchtet

Der Leiter der thüringischen Kohlenkontrollen, Lemke, und der Abteilungsleiter im Wirtschaftsministerium, Zenkusch, sind nach einer Meldung des Berliner „Abend“ geflüchtet.

Verbotene Kriegsproduktion

Am 8. Dezember beginnt der Prozeß gegen die Direktoren der Askanis-Werke in Berlin, die beschuldigt werden, Kriegsmaterial hergestellt zu haben.

Ostzonen-Journalisten

Als weitere deutsche Bericht-erstatler wurden zur Londoner Konferenz aus der sowjetischen Zone Max Kahane vom sowjetisch lizenzierten ADN und Rudolf Feistmann vom Zentralorgan der SED, „Neues Deutschland“, zugelassen.

200 „Militaristen“

Vor der Sonderspruchkammer Neustadt bei Marburg werden rund zweihundert Fälle verhandelt werden, in denen es sich um ehemalige Generale oder Generalstabsoffiziere handelt. Am interessantesten dürfte die Verhandlung gegen den ehemaligen Chef des OKH, Generaloberst Franz Halder, werden.

480 Milliarden Schulden

Auf der staats- und sozialpolitischen Arbeitswoche des bayerischen Jugendrings in Dachau zitierte der Erlanger Dozent Dr. Bruno Seidel die Gesamtverschuldung des deutschen Volkes auf 480 Milliarden Mark. Ihr stehe eine jährliche Höchstentnahme von 60 Milliarden Mark gegenüber.

Die dreinunddreißigste Partei

Der Münchner Stadtrat Adolf Maxion, der 1946 von der Partei der Parteilosen gewählt worden war, hat bei der Militärregierung die Zulassung eines „Deutschen Blocks“ als Partei beantragt. Hinter ihm stehen vorwiegend ehemalige Mitglieder der WAV des Meißner-Feldes.

42 Millionen Menschen

In der Bizone leben gegenwärtig 42 143 260 Menschen. Auf Hessen

entfallen 4 170 800, auf Württemberg-Baden 3 720 100, auf Bayern 9 160 200, auf Bremen 501 700, auf Nordrhein-Westfalen 12 184 500, auf Niedersachsen 6 630 000, auf Schleswig-Holstein 2 698 500, auf Hamburg 1 470 900, auf den amerikanischen Sektor von Berlin 984 331 und auf den britischen Sektor von Berlin 621 929.

Wellnachtszuteilung der Bizone

An die gesamte Schuljugend von sechs bis acht Jahren in der Bizone werden als Wellnachtszuteilung Süßigkeiten, Schokolade, Kekse und ein halber Liter Milchkaak ausgegeben.

Der Prozeß gegen Krupp

Der Prozeß gegen Alfred Krupp von Bohlen und Halbach und elf Mitglieder seiner Firma wird am 8. Dezember in Nürnberg beginnen.

Wieder in Freiheit

Die beiden Offiziere der kanadischen Militärmission in Berlin, die am 12. November bei Königsberg verhaftet worden waren, wurden freigelassen.

Das oberösterreichische Grafenack

Vor dem Linzer Volksgericht wird acht ehemaligen Bediensteten des Schlosses Hartheim der Prozeß gemacht. Hartheim war seit 1939 eine Massenversteckungsstätte für alte und gebrechliche Leute, Geistesranke und KZ-Häftlinge. Von 1940 bis 1943 wurden hier rund eine Million Menschen vergast. Der medizinische Leiter der Anstalt, der Linzer Irrenarzt Dr. Bionauer, hat sich vergiftet. Die Angeklagten soll-ten an der Mißhandlung und Ermordung von mindestens dreißigtausend Menschen beteiligt gewesen sein.

Neuer österreichischer Minister

Zum Nachfolger des zurückgetretenen kommunistischen Ministers für Energieversorgung wurde der österreichische Nationalrat Alfred Migisch, ein Sozialdemokrat, ernannt.

In Abwesenheit angeklagt

Vor dem Sondergericht in Rom begann der Prozeß gegen den ehemaligen Außenminister und späteren Botschafter in London, Dino Grandi. Grandi befindet sich im Ausland. Er war 1944 durch das Sondergericht in Verona in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden, weil er mit Ciano im Juli 1943 den Sturz Mussolinis herbeigeführt hatte. Grandi sollte der Nachfolger Mussolinis werden, doch übertrug der König die Macht auf Badoglio.

Unruhiges Italien

In Modena mußten gegen kommunistische Demonstranten zehn Panzerwagen eingesetzt werden. Dennoch wurde das Parteiloal des „Uomo Qualunque“ gestirmt und verworfen. Auch in Süd-Italien ist es zu Ausschreitungen gegen die Monarchisten und Qualunquisten gekommen.

Tatarescu nicht mehr Vorsitzender

Der frühere rumänische Außenminister und stellvertretende Ministerpräsident Tatarescu ist von seinem Posten als Vorsitzender der Nationalliberalen Partei entbunden worden.

Kabinettsbildung in Prag

Als Nachfolger der zurückgetretenen Sozialdemokraten Fierlinger und Lausmann hat Präsident Beneš den Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses, Tymes, zum stellvertretenden Ministerpräsidenten und Ludmila Jankovcova zum Industrieminister ernannt. Beide sind Sozialdemokraten. Zum stellvertretenden Ministerpräsidenten an Stelle des slowakischen Demokraten Ursiny wurde dessen Parteifreund Kocvara ernannt.

Jugoslawisch-bulgarische Einheit

Marshall Tito ist zu einem Besuch in Sofia eingetroffen. Er sagte, er werde alles tun, was in seiner Macht stehe, daß die jugoslawische und die bulgarische Volk zu einer unauf löslichen Einheit verbunden würden, die keine Macht zerstören könne.

Totaler Verkehrsstreik

Der Nationalverband der französischen Eisenbahner hat beschlossen, sämtliche Gewerkschaften aufzufordern, sofort an dem Streik teilzunehmen, um ihn wirkungsvoll und total zu gestalten. Nach einem Kommuniqué des Arbeitsministeriums streikt nur ein schwacher Prozentsatz des gesamten Eisenbahnpersonals. Die Streikbewegung beschränkt sich auf Marseille und Umgebung, die Pariser Vororte, die Kohlenbezirke des Nordens und vereinzelte Stellen der Provinz. Die Gewerkschaften der Post- und Telegraphen-Arbeiter von Paris beschlossen, den Streik auf alle Dienststellen auszudehnen. Hingegen sprachen sich 75 Prozent der Bergarbeiter im lothringischen Kohlenbecken für die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit aus.

Stalin soll sprechen

Der amerikanische Atomwissenschaftler Professor Leo Szilard in Chicago hat an Stalin einen offenen Brief gerichtet, in dem er ihn auffordert, wenigstens einmal im Monat zum amerikanischen Volk zu sprechen, um diesem seine Ansichten über die Nachkriegswelt auseinanderzusetzen und ihm klar zu machen, daß das privatwirtschaftliche und das Sowjetsystem nebeneinander bestehen könnten. Heilten die augenblicklichen Zustände noch sechs Monate an, so würde ein Krieg unvermeidlich.

Palästina Teilung

Die Teilung Palästinas wurde von der Palästina-Kommission der Vereinten Nationen mit 25 gegen 13 Stimmen bei 17 Enthaltungen gebilligt. Für die Teilung stimmten unter anderen die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, der Stimme enthielten sich zum Beispiel Frankreich und Großbritannien.

Die Glosse

Ein großzügiger Entschluß

J.S. Im alten „Simplizissimus“ war vor Jahren folgendes Bild zu sehen: Ringsum ist Nacht. Der deutsche Michel, die Schlafmütze übers Ohr gezogen, streckt den Kopf zum Fenster hinaus. Unten stehen, drohend die Hakenstecken schwingend, in Windjacken und Sturmmützen, Hitlerburschen und brüllen: „Deutschland erwache!“ Resigniert sagt der deutsche Michel darauf: „Ich kann eh schon seit 1914 nicht mehr schlafen.“ So ist es. Seit mehr als dreißig Jahren sind wir nicht mehr zur Ruhe gekommen, vor Kriegen, Krisen, Mord und Totschlag und ewiger Angst. Mit der Angst stehen wir auf, mit der Angst legen wir uns zu Bett. Und schon haben auch die Philosophen die Angst zur Grundlage ihrer ganzen Heilslehre gemacht, wie seinerzeit der alte Thales das Wasser. Wer die heutige Menschheit von der Angst erlösen kann, und ist es auch nur eine ihrer vielen Ängste, hilft ihr mehr als ein Dutzend Gelehrter, die ja doch wieder nur Atombomben oder irgend ein Teufelswerk erfinden. Da hat die französische Militärregierung, als erste der Besatzungsbehörden, mit der herkömmlichen, qualvollen Säuberungsmethode auf einmal Schluß gemacht. Sie läßt die Kleinen laufen. Es ist, als ob man das Aufatmen, das bei der Bekanntmachung dieser Verordnung durch die französische Zone ging, lebhaftig gehört hätte: Viele werden nun wieder mit Frau und Kindern ruhiger schlafen. Viele, die verdrossen die Hände in den Schoß legten, und sagten, es hat doch keinen Wert, ich komme doch auf keinen grünen Zweig, werden nun wieder Mut fassen. Das Geschmeiß der Denunzianten, die mit dem Finger auf einen früheren kleinen Nazi zeigten, den sie aus irgend einem eigennützigen Grunde weg haben wollten, wird in seine Schlupflöcher zurückkriechen. Berge von Akten, in einem unnützen Papierkrieg vertan, werden verschwinden. Und jetzt erst ist für die richtige Säuberung Platz gemacht. Denn das bisherige System führte, darüber waren sich alle Klassen und alle Parteien einig, nur zur Renazifizierung oder zur vollständigen Gleichgültigkeit. Einmal mit einer Partei hereingefallen und nie wieder. Wie sollte auch auf die Dauer eine Demokratie gedeihen, wenn ein Großteil des Volkes zu Staatsbürgern zweiter Klasse gestempelt wurde. Der Weg für sie zur Mitarbeit im öffentlichen Leben ist nunmehr freigemacht. Die Lehre, die sie aus diesen zweieinhalb Jahren der Sorge und Angst gezogen haben, ist bitter, aber sie wird heilsam sein: Laß Dich nicht verführen, weder durch Lockung noch Gewalt. Folge Deinem Gewissen und dem gesunden Menschenverstand!

AM RANDE

Meldungen, daß man gegen Adolf Hitler, Eva Braun, Hermann Göring, Rudolf Heß, Julius Streicher, Heinrich Himmler, Martin Bormann und Baldur von Schirach Spruchkammerverfahren in Abwesenheit beabsichtigt, wurden von dem bayrischen Sonderminister Dr. Hagenauer für „einen Aprilscherz“ erklärt.

Der Ortsausschuß Düsseldorf der christlichen Arbeiterjugend schickte der Prinzessin Elisabeth als Hochzeitsgeschenk ein Päckchen mit der Tagesration eines Normalverbrauchers im Ruhrgebiet. Im Begleitbrief heißt es, das solle nicht als ein Ausdruck bitteren Vorwurfs betrachtet werden.

In Köpenick, im Sowjetsektor Berlins, wurden zwei ehemalige Mitglieder der SS-Totenkopfverbände verhaftet, weil sie auf der Straße das „Engellied“ und ein anderes nationalsozialistisches Kampflied sangen. Sie wehrten sich erbittert und warfen der deutschen Polizei wüdes Verhalten vor.

Wetterbericht

Wechselnd wolkig, zeitweise stark aufgeteurt. Noch örtliche Regen- und Schneeschauer. Leichter bis mäßiger Frost.

Schwäbische Zeitung

Redaktion: Albert Komma, Johannes Schmid. Verlag: Schwäbischer Verlag, KG., Friedrichshafen, in Leutkirch. Druck: Rottweiler Verlags- und Druckereigenossenschaft, Rottweil.

Zwei Soldaten und ihre Viebste

Von Max Mell

Endlich am Samstag wurde er vor ein Kriegsgericht gestellt, dem er alles haarklein erzählte, mit Ausnahme seiner Liebe, und die Offiziere erkannten darauf, daß sein Fehl durchaus nur der Gutmütigkeit, der Betrübnis und dem Schrecken zuzuschreiben und daher keine eigentlich infame Handlung wäre, ebensowenig wie die des Heinz Dederdinger, der zu seinem Schaden so ungeduldig gewesen, den Spruch des Gerichts nicht abzuwarten. Alle Offiziere sahen den Philipp freundlich an, und es wurde alsbald zur Ehrlichmachung geschritten, gemäß den Vorschriften des Kriegsrechtes.

Im Hof der Kaserne formte die Infanterie einen Kreis; in der Mitte standen die Fahnenjunker, ein Leutnant mit vier Korporalen und vier Tambours. An einer Stelle war der Kreis offen, und zwanzig Schritt davon entfernt mußte Philipp infang niederknien und, den Hut im Maule haltend wie ein Hund, fünf Schritt lang kriechen, und dann richtete er sich auf die Knie auf, hob die Hände über seinen Kopf und sprach, den Hut fallen lassend: „Ich bitte das löbliche Regiment um Gottes willen um meinen ehrlichen Namen.“ Und dann nahm er den Hut wieder auf mit den Zähnen und kroch weiter, und er dachte sich, wie er über die Knie rutschte, wehmütig: daß doch dein lieber Herzbruder mittragen könnte und auch wieder ehrlich würde, der Arme, der in Schande von hinnen fuhr. Und als er zum drittenmal kniete und bat, war er am Eingang des Kreises ange-

langt, wo ihm der Obristwachtmeister antwortete: „Stehe auf, das löbliche Regiment wird dir deinen ehrlichen Namen in Schwenkung der Fahnen geben und dich den anderen ehrlichen Soldaten gleich machen.“ Nun trat er in den Kreis, immer mit dem Hut im Munde, fiel vor dem Fahnenjunker in die Knie. Jetzt erklang Trommelwirbel, der Leutnant kommandierte: „Präsentiert!“ und durch die ganze Runde schüttelte das feierliche Rasseln der Gewehre. Da entrollte der Fahnenjunker die schwere knisternde Seide der Fahne, schwang sie einmal über dem Knien, der sie ehrfürchtig durch die Lüfte tosen hörte, und sprach dazu: „Im Namen seiner Durchlaucht des Fürsten Friedrich Georg August, unseres allergnädigsten Kriegsherrn!“ Dann schwenkte er sie ein zweites Mal über den Delinquenten, daß ihm bei dem schimmernden Krachen des Stoffes die Tränen in die Augen drangen vor Rührung. „Im Namen des Generalleutnants Pilati von Schwarzbach, unseres Regimentschefs! und des Herrn Obersten von Roussillon, unseres Regimentskommandeurs!“ Und das dritte Schwenken fuhr, herrlicher als Trompetengeschmetter, über ihn hin: „Im Namen des ganzen löblichen Regiments!“ Da durfte er den Hut fallen lassen und aufstehen und ihn mit dem Fuß gegen die Öffnung des Kreises wegstoßen, und der Leutnant setzte ihm einen anderen Hut auf, umgürtete ihn mit dem Bajonettgürtel, und der Wachtmeister gab ihm das Bajonett selbst: „Hier hast du deinen ehrlichen Namen und Gewehr wieder!“

Seine Kameraden waren an diesem Tage von größter Aufmerksamkeit gegen ihn. Es stach ihn aber ins Herz, wenn ihm einer sagte: Du hast es klüger gemacht, du hast

dich nicht gleich aufgeknüpft! und ihm zu- traulich zutrunk. Und nun war morgen Sonntag, und es wäre möglich nach dieser gräu- vollen Woche, in der er, von schrecklichen Zufällen abgesehen, durch seelische Qualen hatte Spießruten laufen müssen, nun ein süßes Geschöpf am Arm, nach Müßleinsreut hinauszuwandern, zu schaukeln und Kaffee zu trinken und fröhlich zu sein und sich: ent- weder draußen in den Gebüschen oder, wenn es ging, in ihrem Kämmerlein ihrer Schön- heit zu erfreuen und dazu das wehmütige Ge- denken an den guten Freund hegen, den das tragische Schicksal so rasch dahingerafft. Aber zuletzt, wenn er tot war, was konnte ihn abhalten, weiter zu leben? Jetzt war es doch kein Betrug mehr, Katharina herzlich zu lieben, im Gegenteil, taten das nicht fort- ziehende Soldaten oft genug, daß sie ihr Liebchen der treuen Sorgfalt eines ihrer Freunde empfahlen: Da schien es sogar seine Pflicht, Katharina aufzusuchen! Und wenn er daran dachte, wie die Fahne festlich, wie ein großer heiliger Vogel, über ihn hinweg- gerauscht war, so hob sich seine Brust voll Stolz, und er vertraute seinem Stern.

Am Abend wollte er also in den Winkel hinter dem Haus kriechen, dort auf den Pfeiler steigen und Katharina für den sonn- täglichen Spaziergang gewinnen. Als er aber den wachhabenden Offizier anging, ihm an- läßlich seiner Ehrlichsprache ein halbes Stündchen dienstfrei zu gewähren, fixierte ihn der Offizier scharf und entgegnete, an diesem Abend dürfe kein Soldat die Kaserne verlassen, es würde Befehl erteilt. Verdrossen setzte sich Philipp in die Kantine, verwand aber doch bald sein Mißgeschick, weil ihm ja der Sonntagvormittag zur Ausführung seines Planes blieb.

Da erklang ein Signal, die Truppen traten zusammen, und mit lauter Stimme verlas der Oberauditeur die Mitteilung, dem Landes- fürsten habe es allergnädigst gefallen, dem König von England bamerischer Unterdrückung der Rebellion in Nordamerika sein Regiment zur Verfügung zu stellen. Morgen um drei Uhr früh sei Reveille, um vier Uhr früh Abmarsch. Mit einem Hochruf auf den Für- sten schloß die Mitteilung. Bläß, verzerrten Gesichtes, mit Tränen in den Augen traten die Soldaten ab; Flüche und Verwünschungen preßten sich leise hervor, zynisches Geläch- ter schlug auf. Um drei Uhr, nach angstvoll und kläglich zugebrachter Nacht, erhoben sie sich. Und nun schnallte der Soldat das Sei- tengewehr um und die Patronentasche und den Tornister und verpackte alle seine Wäsche und kleine Notwendigkeiten hinein; dann schnallte er die Feldflasche um und den Furgierbeutel und hing seine Flinte an die Schulter. Fünf Riemen, unter denen die Montur faltig hervorquoll, umschürten ihn, und so ging's um vier Uhr früh fort, noch ehe die Kunde zu der Bürgerschaft gedrun- gen war und ehe die Zeit zu Wühlereien ver- vorfener Subjekte ausgereicht hätte. Der Trupp marschierte schweigend in den blei- ernten Morgen, in dem alle Gegenstände fahl dastanden und darauf warteten, von der Sonne ihre Farbe und ihr Gesicht zu be- kommen. Vor dem Tor hob einer aus dem Glied den brennenden Blick zu dem Haus, an dem eine Madonna stand, und sie trug an die kalten, steinernen Falten der Kopli- drapierung einen schmalen schwarzen Flor. Und dann marschierte das Regiment auf die Chaussee hinaus, die an Müßleinsreut und an dem Lustschloß Bellevue vorüberführte. (Schluß)

